

## **Antrag**

**der Fraktion der FDP/DVP**

### **Bürokratieabbau vorantreiben III – Jetzt in die Umsetzung einsteigen!**

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass zahlreiche Vorschläge für den Bürokratieabbau in Baden-Württemberg – beispielsweise die des Normenkontrollrats I, die in der Drucksache 17/5594 oder im Änderungsantrag zur Drucksache 17/2732 genannten – bereits auf dem Tisch liegen;
2. dass die Vorhaben des Normenkontrollrats II oder der Entlastungsallianz der Landesregierung zwar sinnvoll sein können, aber für den Bürokratieabbau selbst nicht zwingend notwendig sind;
3. dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Vereine, Hochschulen und andere Organisationen bereits übermäßig von Bürokratie belastet sind und es daher gilt, keine Zeit mehr mit dem Bürokratieabbau zu verlieren;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. in der angekündigten Novelle der Landesbauordnung die Pflicht zur Begrünung von Dächern und Fassaden zu streichen und damit Baukosten zu senken und Bauvorgänge zu beschleunigen;
2. in der angekündigten Novelle der Landesbauordnung – in Anlehnung an die Musterbauordnung und die Bauordnungen anderer Bundesländer – endlich eine Typengenehmigung für serielles Bauen einzuführen und damit für modulare Gebäude und Fertighäuser den Genehmigungsprozess erheblich zu vereinfachen und kostengünstiger zu gestalten;
3. die Überregulierung von Grundstückseigentum zu beenden, die Umwandlungsverordnung abzuschaffen und damit Grundstücksbesitzern zu ermöglichen, ohne staatliche Auflagen über ihren Besitz zu entscheiden;
4. die Überregulierung des Mietwohnungsmarkts zu beenden, das Zweckentfremdungsverbotsgesetz abzuschaffen und damit Investitionen in die Schaffung von Gebäuden und Wohnraum anzureizen;
5. der Überbürokratisierung des Wohnungsmarkts entgegenzutreten, die Mietpreisbremse abzuschaffen und damit mehr Anreize für das Vermieten von Wohnraum zu ermöglichen;
6. die Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen in Baden-Württemberg abzuschaffen, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von Bürokratie zu entlasten und die Entscheidung über ökonomische und ökologische Sinnhaftigkeit in die Verantwortung der Menschen zu übergeben;
7. die Regelungen zu Sperrzeiten in § 9 der Verordnung der Landesregierung zur Ausführung des Gaststättengesetzes (Gaststättenverordnung – GastVO) abzuschaffen, sich damit zahlreichen anderen Bundesländern anzuschließen und etwaige notwendige Regelungen in die Hände der Kommunen zu übergeben.

1.2.2024

Dr. Rülke, Dr. Schweickert und Fraktion

## Begründung

Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Vereine, Hochschulen und andere Organisationen in Baden-Württemberg ächzen unter zu viel Bürokratie. Diese Bürokratie verhindert Wachstum, erschwert soziales Engagement, verursacht Kosten und löst Unzufriedenheit aus. Deshalb gilt es, umgehend mit dem Abbau von Bürokratie zu beginnen und für Entlastung zu sorgen. Zahlreiche Vorschläge dazu liegen bereits auf dem Tisch – vom Normenkontrollrat aus seiner ersten Amtszeit sowie in der Drucksache 17/5594 oder im Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP – Drucksache 17/2732 (Geänderte Fassung) – Bürokratieabbau als Schwerpunktthema der Arbeit des Ministerpräsidenten und der Landesregierung, Drucksache 16/6184. Der neu eingesetzte Normenkontrollrat und die Entlastungsallianz können eventuell weitere sinnvolle Entlastungsvorschläge entwickeln, es ist jedoch nicht notwendig, darauf zu warten. Mit dem Bürokratieabbau kann bereits jetzt begonnen werden. Die Antragsteller möchten dieses Anliegen mit diesem Antrag umsetzen.